



POLIZEISPIEGEL



Stabile Sicherheit in schwierigen Zeiten –

23. DPoIG-Bundeskongress

Seite 17 <

Eine Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei und des Deutschen Historischen Museums in Berlin

Seite 19 <

Fachteil:

- Nürburgring-Nordschleife – Legende, Faszination oder Schließung?
- Das Schutzgut der elterlichen Sorge
- Kollision zwischen Pkw und Einsatzfahrzeug

**Ordnung und
Vernichtung**

Die Polizei im NS-Staat



Postvertriebsstück Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“



Am 10. Mai DPoIG wählen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
angesichts der Personalratswahlen am 10. Mai werben wir um Eure Stimmen.

► Weshalb DPoIG wählen?

Die DPoIG tut jedem Personalrat gut, denn wir beziehen klar Stellung. Unsere Positionen sind deutlich und wir reden nicht um den heißen Brei herum. Auch wenn man im Einzelfall anderer Meinung ist führt eine öffentliche und kontroverse Diskussion dazu, dass Probleme und Lösungsansätze konstruktiv behandelt werden. Dabei achten wir aber auf eine faire Streitkultur. Ziel ist ein Wettbewerb der besseren Argumente, um den richtigen Weg zu finden.

In der DPoIG wirken unabhängige und meinungsstarke Persönlichkeiten. Eine professionelle Distanz zu Politik und Polizeiführung erhöht unsere Glaubwürdigkeit, da wir in keinem Abhängigkeitsverhältnis stehen.

► Unsere Kernthesen:

Wir fordern einen neuen Anlauf für ein leistungsorientiertes Laufbahnverlaufmodell.

Polizeibeamte haben ein Anrecht auf eine leistungsgerech-

te Bezahlung. Das Kienbaum-Gutachten, wenn auch in die Jahre gekommen, hat hinsichtlich der wertenden Kernaussagen Gültigkeit. Wir erkennen an, dass die Einführung einer zweigeteilten Laufbahn derzeit schwer zu realisieren sein wird. Trotzdem ist allen Polizeibeamtinnen und -beamten eine verlässliche und attraktive Perspektive zu schaffen. Der erste Versuch eines Laufbahnverlaufmodells ist vor Gericht gescheitert, weil er nicht den verfassungsmäßigen Anforderungen der Leistungsorientierung entsprach. Ein neuer Anlauf unter Beachtung der Rechtsprechung ist angezeigt. Jedes Jahr auf eine Wundertüte der Landesregierung zu hoffen, ist den Leistungen der Polizei nicht angemessen.

► Wir fordern einen gemeinsamen Stellenplan für die Polizei

Wir müssen das Spartendenken in der Polizei überwinden. Für vergleichbar schwere Arbeit müssen gleiche Chancen geschaffen werden. Die Zugehörigkeit zu einer Sparte alleine ist kein Qualitätskriterium. Insbesondere vor dem Hintergrund der angedachten Zusammenlegung von Ermittlungsaufgaben ist ein Abschied von der Zweiklassen-Polizei unabdingbar. Und ist die Tätigkeit eines Polizeibeamten im Streifen- und Einsatzdienst tatsächlich weniger wert als die eines Ermittlungssachbearbeiters? Der jetzige Status ist ein Zufallsprodukt der Geschichte auf dem Weg zur geplanten zweigeteilten Laufbahn. Bis diese eines Tages

für die gesamte Polizei umgesetzt werden kann, bedarf es einer gerechten und ausgewogenen Zwischenlösung.

► Wir fordern eine Ausgewogenheit von Personal und Aufgaben

Seit Monaten redet jeder von Kernaufgaben, auf die die Polizei sich reduzieren muss. 160 Stellen Unterdeckung hat man berechnet, damit man die gesetzlich definierten Kernaufgaben hinlänglich erledigen kann. Praktiker sehen den Bedarf als höher an. Geredet wurde seitdem viel über Kernaufgaben, nur weniger sind die Aufgaben nicht geworden. Im Gegenteil. Woche für Woche gibt es neue Aufgabenfelder. Die DPoIG ist überzeugt, dass es entweder zusätzliches Personal für die Landespolizei erfordert, zum Beispiel für eine zweite Einsatzhundertschaft, oder dass endlich eine durchgreifende Aufgabenreduzierung politisch durchgesetzt werden muss. Das Personal in der Landespolizei ist an einem Punkt der Belastung angekommen, die nicht weiter gesteigert werden kann und darf.

► Wir fordern einen angemessenen finanziellen Ausgleich für Dienst zu ungünstigen Zeiten

Die Halbierung der Schichtdienstzulage bei der Polizei ist nicht hinnehmbar. Die Vergütungssätze für Dienst zu ungünstigen Zeiten bedürfen einer angemessenen Erhöhung. Die ErschwerniszulagenVO muss an die Bedürfnisse mo-

derner Arbeitszeitmodelle angepasst werden.

► Wir fordern eine verbesserte Sachausstattung

Wir lesen in der Presse über Cybermobbing und Internetkriminalität, haben aber keine Ausrüstung der Dienststellen mit Breitband-Internetanschlüssen. Wir schicken Einzelienstkkräfte in geschlossene Einsätze, stellen aber nicht genügend Einsatzhelme, Vollkörperschutz und Nomexanzüge zur Verfügung und auch der Fuhrpark ist für diesen Zweck nicht akzeptabel.

Wir verschwenden Arbeitszeit mit Dienstfahrten, um Datenträger zentral auslesen zu lassen, weil wir nicht genügend Rechnerkapazitäten haben, um CDs und andere Datenträger auslesen zu können.

Wir wollen nicht so tun, als könnten alle diese Probleme zügig beseitigt werden und die Aufzählung ist auch nicht vollständig. Aber die Themen müssen regelmäßig auf die Tagesordnung, steter Tropfen höhlt den Stein. Und wir dürfen uns nicht immer nur mit dem Hinweis abspeisen lassen, dass die Kassen leer sind.

Deshalb:



DPoIG in den Personalrat wählen!

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 04 51/49 15 97
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. (04 31) 2 10 96 62
Fax (04 31) 5 19 22 21

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
ISSN 0937-4841

KV Lübeck/Ostholstein

Auf dem Rücken der Polizei

Eine Nachbetrachtung des Demonstrationsgeschehens vom 26. März 2011 in Lübeck

Eine mittlerweile unschöne Tradition haben mittlerweile die so genannten „Trauermärsche“ der NPD zum Gedenken an die Bombardierung Lübecks erhalten. Immer wieder wird ein passender Samstag Ende März genutzt, um rechtsradikale Geschichtsklitterung zu betreiben.

Auch diese Art unappetitlicher Meinungsäußerung unterliegt dem Schutz des Grundgesetzes und fast alle Versuche, derartige Aufzüge durch Verbotsverfügung zu verhindern, scheiterten bisher. Immer wieder

märsche nicht unwidersprochen hinnehmen wollen. So kommt es traditionell zu einer bunten Mischung von Protesten.

Leider kommt es darüber hinaus auch zu öffentlichen Aufrufen, den „Naziaufmarsch“ durch Blockaden zu verhindern. In dem Bündnis „Wir können sie stoppen“ agieren Kirchenvertreter, Landes- und Kommunalpolitiker, Gewerkschafter des DGB und sonstige Personen des öffentlichen Lebens Seite an Seite mit extremistischen Gruppierungen.



> Beginn der Gegendemo an der Bodelschwingkirche.

widrige Taten verhindert. Ebenso, wie es der gesetzliche Auftrag ist.

Augenscheinlich war die Blockierszene durch ihren „Erfolg“ 2010 euphorisiert. Da gelang es, den NPD-Aufzug nach wenigen hundert Metern zum Umdrehen zu bewegen. Eine Klage der NPD gegen die Polizei diesbezüglich ist noch beim Verwaltungsgericht anhängig.

2011 mussten 2 500 Polizeibeamte aufgewendet werden, um die Versammlungsfreiheit von Rechtsextremisten zu schützen. Die polizeilichen Maßnahmen, auch Zwangsmaßnahmen, mussten sich gegen Menschen richten, die sich zu rechtswidrigen Taten hinreißen ließen. Eine solche Konstellation dürfte den Rechtsextremisten in die Karten spielen, konnten sie sich doch am Ende als rechtstreue Saubermänner gefallen.

Die Auseinandersetzung mit extremistischen Personen und Gruppierungen muss auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit stattfinden. Es kann und darf nicht sein, dass die Polizei zum Prellbock degradiert wird. Eine

Meinungsäußerung, die in Form eines Straßenkampfes mit Gewalt gegen staatliche Organe geführt wird, kann nicht legitim sein.

Die Polizei hat einen schweren Job zu erledigen gehabt. Kein Polizist wird aus Überzeugung den Rechtsextremisten die Strecke freigehalten haben. Trotzdem gab es unschöne Szenen von gewaltbereiten Personen, die Polizisten angriffen. Und natürlich gab es so genannte unabhängige Demo-Beobachter, die zum Teil mit ihren gezückten Abgeordneten ausweisen an den illegalen Blockadepunkten auftauchten und die polizeilichen Maßnahmen zu kritisieren hatten. Und, wen wundert es, dass zwei Abgeordnete der Linken nach eigener Darstellung in den Lübecker Nachrichten mit der Polizei in ein Handgemenge gerieten.

Auch schon traditionell wurde erneut die Polizeiführung in den Innen- und Rechtsausschuss des Landtags geladen, um über den Einsatzverlauf zu berichten. Nach Vorstellung des Einsatzkonzepts durch LPD Hüttmann und Darstellung



> Rechte in der Artlenburger Straße.

verließen die Rechtsradikalen mit Siegerpose den Gerichtssaal. Mehr noch, die Gerichte schrieben der polizeilichen Einsatzleitung ins Stammbuch, dass sie sich gefälligst personell und taktisch so aufzustellen hätten, dass die geplanten Aufzüge ordnungsgemäß durchgeführt werden könnten. Ein Rückzug auf polizeilichen Notstand bei zu erwartenden Gegenaktionen sei nicht zulässig.

Richtigerweise gibt es viele Menschen und Organisationen, die rechtsradikale Auf-

Wochen vorher werden Taktiken erarbeitet, wie es gelingen kann, die Aufzugsstrecke der NPD zu blockieren. Hinweise auf Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien bleiben regelmäßig ungehört. Hinweise, dass solche Maßnahmen rechtswidrig sind und gegebenenfalls Straftaten darstellen könnten, werden mit einem vorgeblichen Recht auf zivilen Ungehorsam beiseite gefegt.

Natürlich ist in diesem perfiden Spiel am Ende die Polizei der Böse, weil sie ihren Job macht und derartige rechts-



des Einsatzverlaufs, untermauert mit Bildmaterial, war für jeden Demokraten im Raum klar, dass der Polizeieinsatz mit hoher Professionalität ablief.

Völlig zu Recht kritisierte in diesem Zusammenhang der Landespolizeidirektor Hamm

das Auftreten einzelner Abgeordneter, die sich in fordernder Art und Weise Zutritt zu abgesperrten Bereichen verschaffen wollten. Hier wurde fälschlicherweise behauptet, es gäbe entsprechende Absprachen mit der Polizeiführung. Diese Problematik wurde vom Aus-

schuss aufgenommen und soll in anderer Sitzung behandelt werden.

Unter dem Strich wurde deutlich, dass die Unterstützung rechtswidriger Blockadeaktionen aus dem Parlament kontraproduktiv ist und schluss-

endlich zu einer unsäglichen Aufwertung des rechtsradikalen Aufmarsches führt. Die eingesetzten Polizeibeamten fühlen sich von den Blockade-Befürwortern in großer Anzahl im Stich gelassen.

Torsten Gronau, KV Lübeck

Landesvorstand zum Gespräch beim Leiter der PD AFB

Am 21. März 2011 traf sich der Landesvorstand der DPoIG in Eutin mit dem „neuen“ Leiter der Polizeidirektion für die Aus- und Fortbildung sowie die Bereitschaftspolizei (PD AFB), Herrn Leitenden Polizeidirektor Jürgen Funk.

Herr Funk, der vor wenigen Wochen das Amt des Behördenleiters der PD AFB übernommen hat, skizzierte in einer kurzen Vorstellungsrunde seinen Werdegang und betonte, dass sein Herz immer schon an der Aus- und Fortbildung gegangen habe. Nach einigen Jahren Lehrtätigkeit an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster habe er nun als Leiter der PD AFB seine Wunschverwendung innerhalb der Landespolizei gefunden.

In einer offenen Atmosphäre wurden von Herrn Funk sowie von Seiten des Landesvorstandes der DPoIG zahlreiche Themen angesprochen und diskutiert.

Herr LPD Funk betonte, dass eine große Aufgabe derzeit darin liege, die in den kommenden Jahren anstehenden massiven Personalverluste durch Pensionierung in der Landespolizei durch Neueinstellungen in entsprechend großer Anzahl aufzufangen.

Einigkeit bestand diesbezüglich bei Herrn Funk und dem DPoIG-Landesvorsitzenden Torsten Gronau darin, dass es hierzu angesichts des Konkurrenzdrucks auf dem Lehrstellenmarkt sowie auch zunehmend innerhalb der Länderpolizeien erforderlich sei, die Attraktivität des Polizeiberufs zu steigern. Sowohl eine Verbesserung der Karriere- und Aufstiegschancen für Berufsanfänger als auch die in vielen Teilen nicht mehr zeitgemäße Unterbringung in den Liegenschaften der PD AFB Eutin wurden von Torsten Gronau hierbei angesprochen.

Letztlich war man sich einig, dass zur Verbesserung der Personalsituation wie auch der Karrierechancen und Unterbringung die Politik gefragt sei und entsprechende finanzielle Mittel bereitstellen müsse.

Auch die zurzeit auf der Tagesordnung stehende Frage der Standorte für die Aus- und Fortbildung sowie das Studium für den gehobenen Dienst wurden diskutiert. Nach Angaben von Jürgen Funk sei wenigstens Eutin als Standort als gesichert anzusehen. Ob hingegen der Standort Kiel-Altenholz für den Bereich der Polizei an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleitung

(FHVD) Zukunft habe oder dieser Bereich der Ausbildung gegebenenfalls mit dem Standort Eutin verschmelzen könne, werde geprüft. Schließlich ist auch die Frage hinsichtlich der Zukunft des Standortes Malente-Kiebitzhörn unsicher und sei in Prüfung. Aber auch hier sei bei nennenswerten Veränderungen oder gar Schließung von Standorten davon auszugehen, dass die Politik dann bereit sein müsse, nicht unerhebliche Geldbeträge zu investieren, um die verbleibenden Standorte zukunftsfähig zu machen.

Diskutiert wurde zudem die Frage, ob und wie weit man die so genannte Doppelausbildung für den gehobenen Dienst verkürzen könne. So sei es nach Aussage vom Landesvorsitzenden Torsten Gronau kaum mehr nachvollziehbar und auch aus wirtschaftlicher Sicht unsinnig, dass Aufsteiger vom mittleren in den gehobenen Dienst mit oft hinreichender Diensterfahrung das komplette Studium in Altenholz durchlaufen müssen. Herr LPD Funk stimmte grundsätzlich zu, gab aber zu bedenken, dass es im Studium an der FHVD gewisse Standards zu erfüllen gäbe, die zwingend für die Abschlüsse erforderlich seien.

Schließlich wurde von Torsten Gronau die Problematik der zunehmenden Anzahl von Einsätzen der Einzeldiensthundertschaften in anderen Bundesländern angesprochen. Einigkeit wurde hier erzielt, dass es vorrangig die Aufgabe der PD AFB sei, diese Einsatzanforderungen zu bedienen. Herr Funk gab weiterhin an, dass die schleswig-holsteinische Landespolizei (in erster Linie die 1. E-Hu. der PD AFB) Einsätze in anderen Bundesländern in ausreichender Anzahl wahrnehme und sich dort im Vergleich zu anderen Länderpolizeien nicht „verstecken“ müsse.

Torsten Gronau ergänzte, dass jedoch auch die so genannten Optionshundertschaften (zweite und dritte Hundertschaft der PD AFB) für den Einzeldienst eine große Problematik beinhalte. Die Kräfte würden bei Aufruf dieser Hundertschaften aus dem laufenden Dienstbetrieb der Reviere, Zentralstationen pp. heraus gezogen und fehlen dort dann. Verschärfen würde sich die Situation noch massiv, wenn es beispielsweise parallel zu einem Aufruf von Einzeldiensthundertschaften kommt. In solchen Fällen sei es oftmals kaum noch möglich, den Regeldienst auf den Dienststellen aufrecht zu erhalten.

Thomas Nommensen



Kreisverbände Steinburg und Dithmarschen

„Polizisten brauchen keine Eier zu legen!“

... entgegnete Gerrit Koch (FDP) auf den kurzen Vergleich Torsten Gronaus zwischen den Mindestanforderungen für Hühner in einer Legebatterie und einem in einem Mercedes Vito eingezwängten Polizisten im geschlossenen Einsatz. Doch der Reihe nach.

Mitte März trafen sich die beiden DPoG-Kreisgruppen Dithmarschen und Steinburg im beschaulichen Wacken zu ihren satzungsgemäßen Kreisverbandsversammlungen mit den üblichen Tagesordnungen. Zwar hätten die Vorbereitungen durchaus etwas mehr anwesende Mitglieder verdient gehabt, dennoch wollen wir optimistisch in die Zukunft blicken.

Nach einer Mittagspause begann die gemeinsam vorbereitete Diskussionsveranstaltung, zu der Vertreter der Landespolitik, der PD Itzehoe und des Personalrates sowie der DPoG-Landesvorsitzende Torsten Gronau erschienen waren.

Zwar hatte Wolfgang Kubicki kurzfristig absagen müssen, von Gerrit Koch, dem innenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, wurde er aber kompetent vertreten. Dies gilt auch für Hans-Jörn Arp, der als CDU-Landtagsabgeordneter Rede und Antwort stand.

Über sechzig Kollegen nutzten die gute Gelegenheit, ihre Fragen und Diskussionsbeiträge an den Mann zu bringen.

Niemand wird dann überrascht gewesen sein, dass beide zwar die sachlichen Forderungen als berechtigt einstufen und manches gern erfüllen würden. Beispielhaft seien hier die Wiedererrichtung einer wirklich zusätzlichen zweiten Einsatzhundertschaft, die Forderung nach einem Laufbahnverlaufsmodell sowie der Hinweis auf gewese-

ne und wohl auch künftige Kürzungen und Einschnitte genannt.

Allein die „Knote des Haushalts“ (Arp) spricht dagegen.

Denn was man in Zukunft wird bezahlen wollen, muss jetzt eingespart werden, um zu verhindern, dass, entgegen der Befürchtung von Torsten Gronau der fähige Nachwuchs in besser situierte Länder abwandern wird, so Arp.

Bei der Gelegenheit wurde auch über die Lebensarbeitszeit diskutiert. Wir erinnern uns: Herr Kubicki ließ vor der Wahl verlauten, mit ihm werde so etwas nicht zu machen sein, andernfalls solle man ihn in die Förde schicken. Inzwischen wissen wir, dass es anders gekommen ist. Natürlich unter Koalitionszwang. Der muss ja neben dem Haushalt auch immer wieder herhalten, um zu erklären, dass es anders kommen musste, als alle vorher dachten und wollten.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die DPoG seinerzeit anregte, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf freiwillige Füße zu stellen. Ein Gedanke, der nun nach der verordneten Regelung von der Politik hinterher geschoben wird, indem alle wohl auf „62“ aufrunden können.

PD Uwe Kleinig stellte auf direkte Frage die Situation der Direktion in Bezug auf Digitalfunk und im Hinblick auf mögliche Strukturveränderungen dar.

Aber es wurde auch über Ausrüstung gesprochen. Und damit bin ich wieder bei der Überschrift. Es wurde über eine kurzfristig anberaumte Untersuchung berichtet, in der es darum ging, ob eine voll ausgerüstete Einsatzgruppe in ei-



V. l.: Frank Hesse, Torsten Gronau, Sönke Behrmann, Gerrit Koch, Hauke Hanßen, Uwe Kleinig. Foto: Röhrs/sh:z

nem Vito auch unter Vollschutz in der Lage ist, sich komplett der Sicherheitsgurte zu bedienen, und als diese Thematik von einem Bericht (Gronau) untermauert wurde, der eine Fahrt nach Bremen beschrieb, die den Vergleich mit einer Legebatterie durchaus nahe legte, ließ sich Gerrit Koch zu der schmunzelnden Bemerkung hinreißen, dass Polizisten ja auch keine Eier legen müssten.

Im übertragenen Sinne passt hier der Hinweis unserer Personalvertretung, dass immer dann, wenn neue Projekte und Ideen umgesetzt werden, dies mit bereits vorhandenem Personal geschieht, welches dann anderswo fehlt.

Während der zweieinhalbstündigen Diskussion wurde noch so

manches weitere Thema angesprochen (Strukturveränderungen, EDV-Ausstattung, Gewalt gegen Polizeibeamte, Castor-Transporte und anderes).

Einigkeit herrschte dann darüber, dass der Umgang von Politik und Polizei von Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit geprägt sein sollte, besonders im Hinblick auf Wahlversprechen, und dass die Politik in der Verantwortung steht, dem Bürger veränderte Rahmenbedingungen zu erklären.

Bleibt abschließend zu hoffen, dass im Hinblick auf die viel zitierte Haushaltslage die Politik nicht doch der Idee verfällt, von uns Polizeibeamten das Legen von Eiern, womöglich goldenen, zu erwarten.

Michael Wittmaack

Kreisverband Segeberg

Arno Kamann ist von uns gegangen

Unser erster Vorsitzender und Gründer des Kreisverbandes Segeberg der DPoG, damals noch PdB, ist im Alter von 85 Jahren verstorben.

Arno war noch einer vom alten Schrot und Korn. Er stand seinen Mann und so war es nicht verwunderlich, dass er es war, der Anfang der 70er-Jahre unseren Kreisverband gegründet hat. Damals war das ein äußerst mutiger Schritt, war die Konkurrenz doch durch und durch auf den Dienststellen verwurzelt. Man machte sich keine Freunde – insbesondere in den Führungsetagen und insbesondere wenn man es nicht verbergen konnte, dass einem ab dem gehobenen Dienst aufwärts alles suspekt war.

Arno und die Kollegen der ersten Stunde mussten sich mit geringen Mitteln und unheimlich viel persönlichem Engagement durchboxen. Aber sie hatten es geschafft, hatten den Grundstein für den größten Kreisverband im Lande gelegt.

Bemerkenswert war auch sein Schritt, den Vorsitz genau zum richtigen Zeitpunkt abzugeben, damit wir Jüngeren mit einem neuen Geist sein Werk fortsetzen konnten.

Arno, ich bin froh, dass du das noch miterleben durftest und dein Interesse an unserem Kreisverband immer vorhanden war.

Ernst Meißner